

Polizei, Feuerwehr, Krankenpfleger – der Weg in die Gewalt

Deeskalation gescheitert

Die AfD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte startete eine Anfrage zur Gewalt gegen Einsatzkräfte, die sich jeder interessierte Bürger unter Bezirksversammlung Hamburg-Mitte ansehen kann.

Wie konnte es dazu kommen? Mit einem persönlichen Rückblick will ich versuchen, diese Entwicklung zu erklären.

1944 wurde ich in Hamburg geboren und 1950 eingeschult.

Neun Jahre später arbeitete ich während meiner Schulferien auf einer der Hamburger Großwerften, der Howaldts-Werft als Gehilfe des Waschraumwärters für 1,44 DM Stundenlohn.

Auf einem Schaubild konnte ich erkennen, dass die Werft von einst 12000 Mitarbeitern um etliche tausend verkleinert worden war. Ein Ende war nicht in Sicht. Das wertete ich als ein Zeichen dafür, dass kein Anlass bestehen konnte, Gastarbeiter ins Land zu holen, weil Deutsche die Arbeit nicht mehr schaffen würden und der Arbeitsmarkt leergefegt sei. Inzwischen war ich fünfzehn und stand sozialen Fragen interessiert und aufgeschlossen gegenüber. Regelmäßig las ich die gewerkschaftseigene Zeitung „Welt der Arbeit“. Die Gewerkschaften waren mental bei den Weberaufständen stehen geblieben und befürchteten eine baldige Automatisierung, wodurch viele Arbeitsplätze verloren gehen würden. Die Unternehmer wollten mehr Bewerber und für sie günstigere Löhne. Das alte, bekannte Spiel.

Meine ersten Gastarbeiter waren Spanier und Italiener, die, wie alle anderen Werft-Arbeiter auch, ein ruhiges Arbeitstempo zu schätzen wussten.

Deutschland war 1945 den anderen Industrieländern um 20 Jahre voraus. Auch wenn die Siegermächte unzählige Patente und Industrieanlagen mitgenommen hatten, bestand kein Grund, ungebildete und nicht zu uns Deutschen passende Menschen ins Land zu holen. Besser wäre es gewesen, zu automatisieren, wie es Japan vorgemacht hatte.

Nun gibt es politische Entscheidungen, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Dazu gehörte m.E. die Aufnahme von ungebildeten Türken mit nur vierjähriger Schulpflicht. Der

Grünen-Politiker Cem Özdemir berichtete einmal über seine kindliche verständliche Freude, über ein neues Fahrrad, das ihm sein Vater nach der Arbeitsaufnahme in Deutschland schenken konnte. Er erwähnte auch, dass dieser Analphabet gewesen sei.

Bis zu diesem Zeitpunkt habe ich Deutschland in einer homogenen Bevölkerung erlebt. Dunkelhäutige Menschen erlebte ich nur, wenn wir unseren Vater auf seinem im Hafen liegenden ausländischen Schiff besuchten.

Der Umgang miteinander war selbstverständlich geregelt. Polizisten gingen „allein“ Streife und sorgten für Schlichtung in Streitfragen mit der ihnen zugedachten Autorität. Wir Kinder begrüßten unseren Wachtmeister, „Udel“ genannt, artig mit Handschlag.

Resümee: die ersten fünfzehn Jahre meines Lebens verbrachte ich in einer homogenen Gesellschaft.

Der Staat sorgte für Sicherheit, insbesondere für Familien und Kinder.

Wir alle hielten uns an selbstverständliche Regeln, die wir verinnerlicht hatten.

Polizei und Feuerwehr lebten in einer allgemeinen Wertschätzung und von der Öffentlichkeit unterstützten Akzeptanz ihrer Kompetenz und wurden bei ihrer Arbeit unterstützt. Sie trugen normale Uniformen und verkörperten eine selbstverständliche Autorität. Für uns Schüler gab es ggf. Schulanzeigen. Ich erinnere mich, als wir die Eisschollen nach einem harten Winter aufbrachen, und wir vergnügt von Scholle zu Scholle sprangen, ein Polizist aus seiner Deckung kam und eine Schulanzeige macht. D.H. unser Lehrer wurde über unser außerschulisches Treiben informiert, beließ es aber bei einer Belehrung.

Erst die „Studentenunruhen“ brachten eine neue Form der Gewalt mit sich. Abgesehen von der Randalie zu dem Rock-Konzert von Bill Haley.

Ich kann es nicht beschwören, meine aber, vor wenigen Tagen die Bemerkung eines Politikers gehört zu haben, dass bestimmte Gruppen (Rechte??) in die 50er Jahre zurückgebeamt werden und dort bleiben sollten.

Gerne! Allerdings wären mir eine Erweiterung auf die angrenzen den 60er Jahre angenehm, um nicht mein restliches Leben als Kind verbringen zu müssen.

These 1: *Kulturell homogene Gesellschaften haben geringen Sicherheitsaufwand. Wir befolgten selbstverständliche Regeln des Umgangs zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir wussten, was erlaubt und was verboten ist. Die Polizisten waren für uns akzeptierte und geschätzte Beamte und keine „Bullen“.*

Studentenunruhen, Gastarbeiter, Asyl

Um die heutige Zeit zu verstehen, ist es erforderlich, einen Blick zurück zu werfen. So

annähernd an die zwanziger Jahre des vorherigen Jahrhunderts.

Die „Intellektuellen“ hatten erkannt, dass die „Arbeiterklasse“ mehr an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert war, als sich der Kommunistischen Bewegung anzuschließen.

Mit Recht! Die Grausamkeiten während der russischen Revolution und danach, ließen nur ganz hartgesottene Überzeugungstäter in die damalige Sowjetunion reisen. Auch Deutsche waren dabei, die wir später in der Nachkriegspolitik wiederfanden.

Unter einem neuen Begriff „Kritische Theorie“ innerhalb der sogenannten Frankfurter Schule rief niemand mehr zum Klassenkampf auf, sondern verunglimpfte die westlichen Grundwerte, wie Familie, Marktwirtschaft oder Heimat.

„Anstand, Pünktlichkeit, Ordnung, Rücksichtnahme, Moral, Fleiß, Ausdauer, Erziehung, Familie, Gemeinschaft, Tradition, Heimatliebe“ werden heute als Synonyme für Rückständigkeit, Unterdrückung oder gar Rassismus verstanden.

Die Vertreter der Frankfurter Schule gelangten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in hohe Positionen des deutschen Bildungssystems und begannen, die heranwachsenden Generationen mit ihrem Gedankengut zu beeinflussen.

These 2: *Jedem gesellschaftlichen Prozess liegt eine Idee zugrunde, die auch nur von wenigen erdacht und propagiert werden kann. Kaum ein Durchschnittsbürger erkennt die heutige Ursache unseres Werteverfalls oder gar ihrer Protagonisten.*

Unsere gesellschaftliche Entwicklung beruht auf einer fast 100 Jahre alten Idee, dem Kulturmarxismus, ausgedacht in der Frankfurter Schule.

Von den 60ern zu den 70er Jahren veränderte sich die Gesellschaft:

Die Zahl der Gastarbeiter nahm ständig zu. Häufige Begründung: Deutsche würden diese Arbeit nicht mehr verrichten wollen. Warum auch? Inzwischen hatte sich eine selbstverständliche Anspruchshaltung mit Blick auf das sehr gute Bundessozialhilfegesetz von 1962 entwickelt und mehr und mehr arbeitsfähige Deutsche zogen es vor, den Politikern Recht zu geben und ließen sich vom Staat alimentieren. Sie lernte ich während meiner Berufstätigkeit als junger Sozialarbeiter kennen. Viel Zeit verbrachte ich damit, die betroffenen Menschen in Arbeit zu vermitteln. Arbeitsmöglichkeiten gab es noch, nur der Wille fehlte!

Immer mehr Asylanträge wurden gestellt und bewilligt. Politiker machten uns Mut und erklärten immer wieder, kein Land habe unsere vorbildlichen Asylgesetze – und – wir seien doch ein reiches Land, das es sich leisten könne.

Inzwischen erhielten auch arbeitslos gewordene Gastarbeiter, die, mit Blick auf ihre Heimat, klug genug waren, sich in unserem schönen und generösen Land auf Dauer einzurichten, Sozialhilfe. Auch dazu wurden die Gesetze geändert. Auch während der 80er Jahren wurden entschlossen wirkende Abschiebungen versprochen, aber nicht durchgeführt.

Noch mehr Zuwanderung, Konflikte, Zerstrittenheit

Die ungesetzliche Zuwanderung unkontrollierter Grenzgänger erfordert ein Umdenken auch in der Polizeiarbeit. Erschwert wird die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch

eine Zerstrittenheit innerhalb der Bevölkerung. Die erste zahlenmäßig starke gewalttätige Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf könnte als Beginn gesehen werden, Gewalt als probates Mittel bis hin zum G-20 Gipfel ohne nennenswerte Hemmungen vor den friedliebenden Bürgern und ihrem Eigentum für selbstverständlich zu halten.

Nicht unerwähnt, wenn auch vergessen, darf das Ende der 60er Jahre bleiben, als es unsere Politiker zuließen, dass sich der illegale Drogenhandel auf Dauer etablieren konnte. 1971 habe ich in Hamburg die ersten Drogenabhängigen fern von meiner eigenen, privaten Welt kennengelernt und heute beobachte ich User und Dealer von meinem Balkon.

These 3: *Multikulturelle Gesellschaften erfordern den Polizeistaat*

Der Polizei werden seitens der Politik bewusst die Hände gebunden. Hartes Vorgehen könnte ihr eigenes gewalttätiges Klientel gefährden! Deshalb gilt immer der Deeskalation mit vielen in Kauf genommenen verletzten Polizisten viel Lob seitens der politischen Führung.

Als gelernter Sozialpädagoge empfehle ich als Verständigungsmittel für offensichtlich Unbelehrbare ein hartes Vorgehen.

Was spricht gegen eine schnelle Ohrfeige für einen Beleidiger? Warum den schwarzen, gewalttätigen Block nicht mit überlegener Strategie bekämpfen?

Die gescheiterte Deeskalations-Strategie sollte mit Blick auf die hier geschilderte und jedem bekannte Bedrohungslage in eine Aggressions-Strategie umgewandelt werden. Wer Polizei, Feuerwehr und Notarztpersonal behindert, beleidigt und verletzt ruft nach einem harschen Zugriff der Polizei. Und dieser sollte dann auch passieren, unmittelbar, effizient und professionell!

18. April 2018

Uwe Böttjer